Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-N. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 10555, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-N., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,80 RM., für Familienanzeigen 0,60 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Reklameteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-N., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 11. Februar 1926 — Nummer 35

Neuauflage der Arbeitsgemeinschaft?

Geheimverhandlungen der ADGB.-Führer mit den Schwerindustriellen

Berlin, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Vossische Zeitung" bringt heute eine sensationelle Meldung aus Essen, wonach eine Konferenz von Unternehmern und Gewerkschaftsführern stattgefunden hat. Von seiten der Unternehmer hat Glöckner, Thyssen und Vögler, der Vorsitzende des Zechenverbandes Wiszott, für den ADGB. Eggert in Begleitung der Führer der Bergarbeiterverbände, ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften in seiner Begleitung Imbusch und Rottbaufen, auch die Hirschdunckerschen Gewerkschaften sollen vertreten gewesen sein. Vögler referierte über die Wirtschaftslage. Die Verhandlungen hatten kein bestimmtes Ergebnis, jedoch soll die Aussprache fortgesetzt werden. Es sollen noch Vertreter anderer Gewerkschaften hinzugeladen werden, insbesondere soll der Deutsche Metallarbeiterverband hinzugezogen werden. Die „Vossische Zeitung" schreibt dazu: **„Die Frage ist nun, in welcher Richtung die Verhandlungen weitergeführt werden.** Man darf vielleicht annehmen, daß den künftigen Erörterungen von Unternehmerseite her die Thesen zugrunde gelegt werden sollen, die in der Denkschrift des Unternehmerverbandes und vielleicht auch das Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Erörterung gestellt worden. Von Gewerkschaftsseite wiederum dürfte man sich wenigstens hinsichtlich der Kohlenwirtschaft auf die Basis zur Lösung der Kohlenwirtschaftsfrage stützen, die erstmalig in der Denkschrift des Bergarbeiterverbandes erschienen war, und auf Aufforderung hin zu ergänzenden Vorschlägen der vier Bergarbeiterverbände führte, die sich mit Aufgaben, Befugnissen und Zusammensetzung eines Ausschusses befaßten, der eine neue, aber wesentlich verbesserte Arbeitsgemeinschaft darstellt. Ohne an den Eigentumsverhältnissen innerhalb der Bergbauwirtschaft zu rütteln, sollte nach ihnen versucht werden, die gegenwärtigen wichtigsten Produktionsprobleme zu beleuchten." Die „Vossische Zeitung" meldet, daß die Besprechungen zunächst vertraulich sein sollten, um Widersacher auf beiden Seiten nicht auf den Plan zu rufen und den weiteren Fortgang der Verhandlungen nicht zu zerstören.

Vor einigen Tagen noch hatte der Bergarbeiterverband entrüstet dementiert, daß Verhandlungen über Arbeitsgemeinschaft geführt worden wären. Noch am 6. Februar veröffentlichte der „Vorwärts" in einer Morgenausgabe eine Zuschrift des ADGB., in der derselbe behauptete, daß die Nachrichten von den Verhandlungen über Erneuerung der Arbeitsgemeinschaft nur ein Ablenkungsmanöver der Kommunisten seien. Wir hatten damals bereits darauf hingewiesen, daß beim ADGB. und bei den reformistischen Gewerkschaftsführern starke Bestrebungen vorhanden sind, zur Arbeitsgemeinschaft mit den Industriellen zurückzukehren. Wir begründeten unsere Stellungnahme auf eine Notiz aus der „Frankfurter Zeitung", die am 4. Februar aus Essen meldete, daß die Besprechungen zwischen Vertretern des ADGB. und der Unternehmerverbände nicht nur die Arbeitsgemeinschaft im Bergbau betrafen, sondern auf die Wiederherstellung der Zentralarbeitsgemeinschaft hinzielen. Auch die „Leipziger Volkszeitung" hatte damals einen Warnungsruf ausgestoßen und erklärt, daß **gegenüber den in letzter Zeit von Unternehmerseite wiederholten Versuchen, den Weg der Verständigung der Gewerkschaften über Wirtschaftsfragen zur Wiederaufrichtung der Arbeitsgemeinschaft zu beschreiten, die größte Wachsamkeit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter durchaus am Platze sei.** Heute bestätigt die auf das Vorzüglichste informierte „Vossische Zeitung", daß die von uns ausgestoßenen Warnungssignale durchaus berechtigt waren. Die Reformisten richten mit den Bestrebungen auf Herbeiführung der Arbeitsgemeinschaft mit den Schwerindustriellen einen unerhörten Angriff gegen die im Werden begriffene Klassenfront. Die Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen bedeuten Alarm für die gesamte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft. Der einmütige Widerstand der gesamten Arbeiterschaft muß es den Reformisten unmöglich machen, erneut die im Jahre 1923 auseinandergebrochene Arbeitsgemeinschaft wieder herzustellen. Für die Arbeiterschaft gilt nicht Arbeitsgemeinschaft, nicht Koalition mit der Bourgeoisie, sondern die geschlossene Front der Werktätigen.

Notgemeinschaften

„Wie wäre es, wenn sich der Einzelbetrieb, Fabrik, Zeche, als Notgemeinschaft erklären würde? ... Es erscheint durchführbar, wenn die Werksleitung gemeinsam mit der Arbeiter- und Angestelltenvertretung daran ginge, die gesamten Lohnsummen, sagen wir um 10 bis 20 Prozent herabzusetzen. Nicht allein könnte auf diese Weise weiterer Beschäftigungslosigkeit begegnet werden. Bei einer Lohnsumme von einer Million und einem Umsatz von 3 Millionen bedeutet eine 10- bis 20prozentige Herabsetzung der Lohnsummen eine Ersparnis von 100 000 bis 200 000 Mark oder 3⅓ bzw. 6⅔ Prozent des Umsatzes."

(Deutsche Bergwerkszeitung v. 8. 1. 1926.)

Es ist nicht gerade ein besonders neuartiger Gedanke, der da „von industrieller Seite" vertreten wird — es ist vielmehr das A und O der Unternehmerpolitik: „Die Not zwingt zu scharfen Maßnahmen, aber dieser freiwillige Verzicht auf einen Teil der Entlohnung, um sich die Beschäftigung zu sichern, dürfte weniger hart sein, als wenn ein Teil der Arbeiter- und Angestelltenschaft entlassen werden muß." Oder, um es in unser gewohntes Deutsch zu übersetzen: „Wer sich die Lohnreduktion nicht gefallen läßt, fliegt, und wenn die ganze Belegschaft halsstarrig ist, so fliegt sie eben als Ganzes, und die Bude, für die man heute doch nur draufzahlen muß, wird stillgelegt!"

Das ist das alte Lied. Und jeden Tag bekommen es die Arbeiter von soundsoviel Betrieben zu hören. Und soundsoviele fliegen auch täglich auf den Schwindel herein, erdulden eine Lohnreduzierung, um nur ja die Arbeitsstelle zu behalten. Ja schlimmer noch, sie suchen durch verstärkte Schufterei die Herabsetzung der Akkordsätze hereinzubringen oder leisten gar Mehrarbeit und helfen dadurch dem Unternehmer, soundsoviele Kollegen „überflüssig" zu machen und aufs Pflaster zu werfen.

Ein besonders trauriges Blatt in diesem Kapitel ist die von der „Bergarbeiterzeitung" veröffentlichte Statistik über das Ueberschichtenunwesen im dritten Quartal 1925. In dieser Zeit ging die Zahl der preußischen Bergarbeiter um etwa 32 000 zurück, gleichzeitig wurden aber von den im Betrieb Belassenen 1 836 568 Ueberschichten verfahren und auf diese Weise 23 247 Kollegen brotlos gemacht. Das heißt also: zwei Drittel der in dieser Zeit „Stillgelegten" hätten nicht aufs Pflaster fliegen müssen, wenn ihre Kollegen der selbstverständlichsten Solidaritätspflicht genügt hätten.

Die Notgemeinschaft des Betriebes, die angebliche Solidarität zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten ist die Parole, mit der die Unternehmer die Arbeiter zur Preisgabe der wichtigsten Klasseninteressen, zum Verrat an den arbeitslosen Kollegen zu verleiten suchen. „Alle Angehörigen des Betriebes, vom Besitzer bis zum letzten Hilfsarbeiter, haben ein gemeinsames Interesse an dem Gedeihen ihrer Arbeitsstelle, dessen Vorteile wie Nachteile sie teilen müssen!" — ist der Sirenenruf, mit dem man uns heute aufs Glatteis zu locken versucht.

Aber wo war die „Werksgemeinschaft" zur Zeit der Hochkonjunktur? Welchen Anteil haben damals die Ausbeuter ihren Lohnsklaven abgegeben? Sie haben die Profite der guten Zeit für sich eingesteckt und sich mit Händen und Füßen und sozialdemokratischen Schlichtern gegen jede Lohnerhöhung gewehrt. Nun, es ist nur logisch, daß sie jetzt auch die Lasten der schlechten Zeiten tragen, daß sie aus dem Ueberschuß, den sie während der Dawes-konjunktur aus dem Schweiß „ihrer" Arbeiter herausgesogen haben, heute eben draufzahlen. Und wenn sie das nicht wollen oder können, dann muß man sie von der Last der schlechtgehenden Betriebe befreien, dann müssen Staat oder Kommune die stillgelegten Betriebe entschädigungslos enteignen und unter Kontrolle der Arbeiterorgane selbst weiterführen. Das ist nur die logische Konsequenz aus dem Recht auf Arbeit, wie es uns in der herrlichen Weimarer Verfassung so schön verbürgt ist.

Was aber für den einzelnen Betrieb gilt, das gilt auch für die Gesamtheit. Wenn die Arbeiter des einzelnen Betriebes nicht dem Rufe ihres Ausbeuters zum Verrat an den Klassengenossen folgen, sondern selbst für Weiterführung der stillgelegten Betriebe sorgen sollen, dann gilt das ganz allgemein. Es ist Bruch der Klassensolidarität, wenn die Arbeiter eines Betriebes dem Unternehmer Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung zugestehen, nur um auf Kosten ihrer Arbeitskollegen um den Kampf herumkommen zu können. Aber was ist es dann, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt:

„Mit den Versuchen, rückständige Betriebe durch Hilfsmaßnahmen kreditpolitischer Art aufrecht zu erhalten, muß endgültig Schluß gemacht werden ... Wenn die Diagnose der Krise als einer Reinigungs- und Rationalisierungskrise richtig ist, dann dürfen die Kräfte zur Heilung nicht unterbunden werden ... In der kapitalistischen Gesellschaft erfolgt die Regulierung des Wirtschaftslebens durch die Kräfte der Konkurrenz, und es ist in der gegenwärtigen Situation die Auf-

Das Programm der Steuerräuber

Die deutsche Bourgeoisie hat ihren neuen „Retter". Der Nachfolger der Finanzminister Luther und Schlieben, der Demokrat Reinhold, hat seine Antrittsrede im Reichstag gehalten. Mit einer seltenen Brutalität, ohne die geringsten, wie vom seinen deutschnationalen Vorgänger manchmal noch beliebten leisen Phrasen, wurde von ihm ein Finanzprogramm vorgetragen, das bis in die letzte Einzelheit nur darauf berechnet ist, der Bourgeoisie möglichst die letzten Lasten abzunehmen, das die den Kapitalisten bisher heimlich gewährten Zuwendungen gesetzlich festlegt und dafür natürlich alle Bürden, die das Proletariat zu tragen hat, unvermindert so belässt, wie sie der Steuerraub des Sommers 1925 geschaffen hat.

Der ganze Steuerblock von den Deutschnationalen bis zu den Sozialisten klatschte begeistert Beifall, als Reinhold seine Geschenke für die Kapitalisten ankündigte: **Herabsetzung der Zusatzsteuer für den Zusammenschluß der großen Konzerne, Wegfall der Wertzuwachssteuer, Halbierung der Kapitalverkehrs- und Grunderwerbsteuer, weitgehende Erleichterungen bei der Bezahlung der Vermögenssteuer usw. — kurz, weitestgehendes Entgegenkommen bei den ausgesprochenen Besitzsteuern.**

Kein Wort dagegen über eine Beseitigung des Lohnsteuerskandals; kein Wort über die katastrophale Steigerung der Hauszinssteuer, über die die breitesten Massen belastenden Verbrauchssteuern. Im Gegenteil, die Massensteuern sollen noch erhöht werden bei der Regelung des Finanzausgleichs mit den Ländern, deren neue Zuschlagsrechte gegeben werden sollen.

Das war im wesentlichen der Grundton der Finanzministerrede. Bemerkenswert ist noch die kaltschnäuzig vorgetragene Drohung an den Reichstag, daß sich die Regierung auf keine in nicht genehmen Ausgabenerhöhungen einlassen werde; wie das zu verstehen ist, beweist ja schon der Kabinettsbeschluß, unter keinen Umständen in eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung einzuwilligen.

Und dieser Regierung hat die SPD. „Bewährungsfrist" und freies Spiel gewährt! **Wie lange werden die sozialdemokratischen Arbeiter dulden, daß sie durch diese Regierung von Gnaden ihrer eigenen Partei bis aufs Blut ausgesogen werden?**

Reinholds Geschenk an die Großkapitalisten

Reinhold beginnt mit der schon einmal gebrauchten Ausrede, der Etat sei in einer Zeit aufgestellt worden, in der die Wirtschaftskrise noch nicht in allen ihren Auswirkungen übersehen werden konnte. Die jetzige Lage sei ja mit 2002 Konkursen im Januar bei rund 2 Millionen unterstützten Erwerbslosen, 2,5 Millionen Zuschlagsempfängern und 2,5 Millionen Kurzarbeitern — von furchtbarem Ernst. Zu der jetzigen Kreditkrisis habe aber vor allem die Steuerüberspannung nicht wenig beigetragen. Die deutsche „Wirtschaft" könne die bisherigen Steuern auf die Dauer nicht ertragen. Wenn man verhindern wolle, daß die Krise zur Katastrophe werde, so müßten die öffentlichen Ausgaben überall so eingeschränkt werden, daß die Lasten wirtschaftlich tragbar bleiben.

Zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise werde die Reichsregierung schon in allernächster Zeit, in gradliniger Fortsetzung der im Herbst 1924 von Luther eingeleiteten Maßnahmen, folgende Steuererleichterungen eintreten lassen:

1. Herabsetzung der Umsatzsteuer ab 1. April auf 0,6 Prozent. Dadurch werde die Regierung mit aller Energie dafür sorgen, daß der Preisabbau gefördert werde, das sei die einzige Hilfe, die weiten Schichten, vor allem der Beamtenschaft, gebracht werden könne.

2. Beseitigung der erhöhten Umsatzsteuer, die bisher bei Luxusartikeln erhoben wurde.

3. Steuerliche Erleichterung bei Betriebszusammenschlüssen, wie es der kürzlich eingebrachte volksparteiliche Antrag wünsche. Dadurch hoffe man, die Rationalisierung zu fördern. Dazu werde die Herabsetzung der Kapitalverkehrssteuer und Grunderwerbssteuer auf die Hälfte und der Wegfall der Wertzuwachssteuer treten. Noch übrigbleibende Härten würden durch weitgehende Stundungen beseitigt werden.

4. Erleichterung bei der Zahlung der Vermögenssteuer und der Einkommensteuer durch Wegfall eines Steuertermins. Diese Entlastung sei nötig, da die Steuern bisher zum größten Teil aus der Substanz genommen worden seien.

5. Senkung der Börsenumsatzsteuer zur Schaffung einer gesunden Börse.

An dem System des großen Gesetzgebungswerkes des vorigen Sommers, das die Steuern regelt, werde unter allen Umständen festgehalten werden. Nur eines werde man daran ändern, durch Senkung der Realsteuern und Zugestehung des Zuschlagsrechts an die Länder im Rahmen des neuen Finanzausgleichs. In der Frage der Lohnsteuer sei man zu einer Vereinfachung bereit.

Unbedingte Voraussetzung für die Steuererleichterungen sei aber, daß keine wie immer geartete Ausgabenerhöhung über die Sätze des von der Regierung vorgelegten Etats vorgenommen werde. Der Grundsatz, daß Ausgabenerhöhungen nur mit Willen der Regierung beschlossen werden könnten, müsse gesetzlich festgelegt werden.